

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4,10 Mk. für den Monat. Postbeholdung: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag & G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 6. März 1921

Anzeigenerhellung: Die typographische Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,95 Mk. Stellen- und Wohnungsgelände, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 2,- Mk.

An das deutsche Proletariat!

Das Poffenspiel, das die Staatsmänner in Szene gesetzt haben, um das deutsche Volk in Spannung zu versetzen, die Agenten der deutschen Bourgeoisie das deutsche Proletariat an die Entente-Kapitalisten verschachern, ist zu Ende.

Die Lloyd George und Briand spielen nicht mit.

Den Ententeräubern steht das Wasser am Halse. Sie leben nur noch von der illusionären Hoffnung ihrer Arbeiterklasse, daß Deutschland zahle, und daß diese Zahlungen die Krise, die dort das Proletariat in Massenelend und Arbeitslosigkeit führt, aufhalten zu können.

Die großen Männer, die gestern noch bei uns schrieen — unannehmbar — sind merklich kleinlaut geworden und bereiten heute den Umfall vor.

Die deutsche Arbeiterklasse ist eins klar. Ihr Hauptziel ist die Abkehr durch die deutsche Bourgeoisregierung, wie ihr kein Unterscheiden durch die Agenten ihrer Arbeiterklasse mit der der Entente bezweckt nur, für sich ein möglichst auskömmliches Schmaroderdasein als Grundvoraussetzung für die deutsche Arbeiterklasse zu erlangen und bei der Inflation der noch vorhandenen Masse aus dem deutschen Bankrott für sich möglichst viel zu ergattern. Nicht Ausbeutung, sondern Aufteilung der Beute unter die Arbeiterklasse, das ist der Sinn der Verhandlungen von London.

Der deutschen Arbeiterklasse hilft nur der unmittelbare Kampf: der Sturz der deutschen Bourgeoisregierung.

Zweieinhalb Jahre Revolutionsentwicklung sind ein fortwährendes Herabgleiten in den Sumpf, der bisherige Niederkampf ist die Folge der Belastung der deutschen Wirtschaft mit den Kosten der Erhaltung der deutschen Ausbeuter. Von jetzt ab sollen auf eure Schultern abgeladen werden auch noch die Erhaltung der bankrotten Ententebourgeoisie.

Arbeiter, Parteigenossen! Das könnt ihr unmöglich ertragen. Wollt ihr nicht unter diesem Doppeldruck im Straßengraben verenden, dann müßt ihr den Kampf um eure Existenz sofort beginnen. Euch hilft kein Gott, ihr müßt euch selber helfen.

Die deutsche Arbeiterklasse steht wieder einmal vor einer Schicksalsstunde. Nicht in London fällt die Entscheidung über euer Los.

Sie fällt in Deutschland, sie fällt durch euch!

Ihr habt die Wahl. Von eurer Entscheidung in dieser Stunde hängt es ab, ob es weiter in den kapitalistischen Abgrund oder vorwärts und aufwärts zur kommunistischen Ordnung geht.

Von eurem Willen hängt es ab, ob ihr Sklaven bleibt oder freie werdet.

Diesem Kampf könnt ihr nicht ausweichen. Schreiet ihr diesmal wieder zurück, so wird er euch über kurz oder lang doch wieder aufgezwungen, aber unter viel schwierigeren Bedingungen, unter vermehrten Leiden, inmitten eines noch größeren Trümmerfeldes.

Zögert nicht länger. Ihr habt nichts zu verlieren. Entschließt euch zur Tat.

Marxistert auf gegen eure Bedrücker! Gegen das Doppelschloß fremder und deutscher Ausbeuter!

Für den kommunistischen Aufbau!

Gott mit allen Bourgeoisregierungen!

Für die Herrschaft der Arbeiterklasse!

Schutz- und Trugbündnis mit Sowjetrußland.

Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetrußland!

Berlin, den 4. März 1921.

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Eine Aktion des ADGB?

10 Forderungen zur Abhilfe der Arbeitslosennot.

Endlich sieht sich auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund genötigt, gedrängt durch die Forderung des Reichserwerbslosenrates und nicht zuletzt durch den Widerhall, den der Offene Brief der DGBD. bei den Angestellten und Arbeitern gefunden hat, zur Frage der Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ veröffentlicht folgende Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im weitesten Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schnellstmöglich bereitzustellen.

2. Bei der Vergebung dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages, Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete, andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen, des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Nationalarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2—4 vorgezeichneten Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften anzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die letztere Vollbeschäftigten werden zu diesem Zweck an die gänzlich Arbeitslosen herbeizuziehen, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus entstehenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldmöglichst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beschäftigung der Arbeitslosen zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Lebensverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. In dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.

10. Damit auch der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Verzinsungen verlangt.

Der Vorstand des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, H. Weipart.

Soweit die Forderungen. Wir haben bereits bei den Verhandlungen mit der Berliner Gewerkschaftskommission jede Möglichkeit einer ernsthaften Aktion zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausgenutzt. Wir erklären auch hier wieder, daß die DGBD. alles tun wird, um die Forderungen des ADGB. zu unterstützen und zum Siege zu verhelfen. Dennoch müssen wir aber heute schon sagen, daß die...

Die Masken sind gefallen.

Löbe als Anwalt der Schieberrepublik.

Im Reichstag kam es Freitag zu Szenen, die dem Bürgerinn und insbesondere ihren Vätern, den Rechtssozialisten, die Maske der Feuchtheit vom Gesicht gerissen haben. Diese Gesellschaft täuscht bekanntlich den beschlossenen Masken vor, die Unterhändler der deutschen Regierung vertreten in London das ganze deutsche Volk. Wenn das wahr wäre, kann hätte die Regierung keinen Anlaß, einer Besprechung der Londoner Verhandlungen im Reichstag auszuweichen.

Am Freitag lehnten die Parteien einschließlich der SPD. (!) gleich am Anfang der Sitzung einen Antrag der Kommunisten und Unabhängigen, in dem die sofortige Erklärung der Vorgänge in London gefordert wurde, ab. Als dann im weiteren Verlauf der Sitzung der Präsident Löbe das Ultimatum der Entente verlesen hatte, forderten die Genossen Hoffmann und Levi zur Geschäftsordnung das Wort, um die Besprechung der neuen Lage zu beantragen. Löbe gab ihnen nicht das Wort und erklärte, als der Genosse Hoffmann trotzdem die Rednertribüne bestieg, er erteile das Wort zur Geschäftsordnung nach seinem Ermessen und in diesem Augenblick erhalte niemand das Wort. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause, Lärm bei den Kommunisten und Unabhängigen.) Da der Genosse Hoffmann und unsere übrigen Genossen sich nicht durch das Hausrecht des Präsidenten der Stimmeregierung, Löbe, daran hindern lassen wollten, im Reichstag auch der Stimme der beschlossenen arbeitenden Massen Gehör zu verschaffen, verlagte Löbe kurzerhand die Sitzung. Zwar versuchten sich die Abgeordneten später wieder im Sitzungssaal zusammen, auch Löbe erschien, aber die Wiedereröffnung der Sitzung wagte man nicht.

Bei der Verschönerung des deutschen Proletariats und der deutschen Wirtschaft wollen die Stimmeregierung und Genossen nicht gehört werden durch den Rot- und Kampfruf der arbeitenden Massen, die man in London zu vertreten vorgibt. Die rechtssozialistischen Führer haben bei der Unterdrückung der Redefreiheit geholfen.

Die Masken sind gefallen. Das Proletariat weiß jetzt, wer seine Feinde und wer seine Freunde in diesen entscheidenden Stunden sind. Nieder mit den Feinden!

Kein Aufstand in Sowjetrußland.

London, 8. März. Wie Reuters berichtet, erklärt die russische Handelsordnung, in direkter Verbindung mit der russischen Regierung zu stehen und zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß alle Gerüchte über Aufstände großen Stils gegen die Sowjetregierung in Moskau und Petersburg und anderen russischen Städten während der letzten Woche vollkommen falsch sind.

Die Moskauer Unruhen. — Eine offizielle lettische Lüge.

Riga, 8. März. Wie man aus Riga: Die Lettische Gesellschaft in Moskau schickt auf Moskauer Regierungsbefehl am 28. Februar fol. Meldung: In Moskau sei eine Streikbewegung unter der Arbeiter der Staatsdruckerei wegen Ausbleiben der Lebensmittelrationen ausgebrochen. Sie fordern eine erhöhte Provision, die Einberufung der Konstante, die Wiedereinführung der bürgerlichen Freiheiten und des freien Handels. Die Bewegung sei anfangs friedlich gewesen, später hätten die Arbeiter der Staatsdruckerei unter den anderen Arbeitern agitiert und auch die roten Soldaten genannt, welche Ansammlungen von Arbeitern auf der Straße trotz Befehles zu zerstreuen sich weigerten. Herbeigerufene Kommunisten hätten in der Stadt die erste Ordnung hergestellt, nachdem es zu einem Gewehrfeuer zwischen ihnen und den Aufständischen gekommen sei. Die Unruhen breiten sich aus, alle Kommunisten werden mobilisiert und die Regierungsinstitutionen würden stark bedroht. Einige von ihnen hätte man sogar nach Petersburg überführt. Die Verbindung mit Sibirien sei unterbrochen.

H. Rytz-Fürnberg, der russische Vertreter in Riga, erhielt auf seine Anfrage darüber folgende Antwort: Die Meldung der Lettischen Agentur ist vollkommen erlogen. Tatsächlich erhielten die Arbeiter der Staatsdruckerei nachgehend keine Versorgungsbeschränkungen wegen Transport Schwierigkeiten. Sie waren damit unzufrieden und wollten andere Arbeiter für Unterstützung ihrer Forderungen um die Lebensmittelrationen hinzuziehen. Die Arbeiter Moskaus haben sich nicht beteiligt. Bis zum Abend waren die Straßen ruhig. Die Kommunisten sind niemals mobilisiert gewesen.

Politische Uebersicht.

Da ausgebliebene Echo.

Reichstagskammer vom Donnerstag, den 3. März 1921.
Als der Präsident zu Beginn der Sitzung verkündet, daß im Laufe des Nachmittags vielleicht der Reichsanwalt erscheinen werde, um Nachrichten aus London zu verkünden, ist das hohe Haus voll Erwartung. Inzwischen wird über Kaufmannsgerichte und ähnliche Dinge verhandelt.

Die Herren Abgeordneten warten. Nicht kommen, wie die Rufe, sondern geschwächt, wie — Reichstagsabgeordnete. Die Abgeordneten warten darauf, was die Regierung ihnen sagen wird.

Die Regierung hat aber nichts zu sagen. Sie weiß nur, was in allen Zeitungen steht. Das wissen die Herren Abgeordneten auch. Und auch sie haben nichts dazu zu sagen. Vielleicht morgen schon steht Deutschland in der schwierigsten Situation seit Abschluß des November-Waffenstillstandes. Der Reichstag weiß dies, aber er wartet auf seinen Heerenbach.

Der Heerenbach hat anderes zu tun. Die unabhängige Abgeordnete Luise Fleß merkt nicht den blutigen Hohn, der darin liegt, daß ihr ein vollparteilicher Abgeordneter jurist, als sie sich über die letzten Ministerbänke beschwert: Die Regierung hat anderes tun. Allerdings — die Regierung kann in diesem Augenblick sich nicht äußern über die Frage, ob Frauen an Kaufmannsgerichten teilnehmen können. Mit solchen an und für sich ganz notwendigen Angelegenheiten,

Arbeiter! Genosse! Genossin!

Hast du schon einen neuen Abonnenten für die „Schles. Arbeiter-Zeitung“ gewonnen?

Es ist die höchste Zeit, daß du deine Pflicht tust, sollen der Organisation neue Kämpfer zugeführt werden!

Sehtausende Arbeiter, die mit uns sympathisieren,

lesen noch bürgerliche Blätter oder werden benebelt von der „Demokratie“ der „Volkswacht“, haben noch nicht endgültig mit dem Blatt der Lüge und Halbheit gebrochen.

Sie gilt es zu gewinnen!

Parteiengenossen an die Arbeit! Stärkt eure Organisation, indem ihr für die Partei neue Kämpfer,

für eure Zeitung, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, neue Abonnenten heranholt.

die in diesem Augenblick der Krise ein wenig heplagert anmuten, vertreiben sich die Abgeordneten die Zeit. Denn — sie haben nichts zu tun.

Und deshalb gehen sie auch nach zweifelhafte Beratung auseinander. Es war noch immer Gepflogenheit des deutschen Parlamentes, von der es auch in der Ära der Demokratie nicht abzuweichen liebt, den Drei erst dann anzusprechen, wenn das deutsche Volk ihn auslöschen muß.

Wie Heinrich Heine sagt:
Vertraut eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schämt den Staat
Durch halbreich hochwohlweises Balten;
End ziemt es, stets das Maul zu halten.

Vor der Entscheidung.

Das Reichskabinett ist zusammengetreten, um über die durch das Ultimatum der Entente geschaffene Lage zu beraten. Es berät hinter verschlossenen Türen. Die Herren werden sich noch einmal hin und her überlegen, was sie der Entente bieten können, damit diese von den äußersten Maßnahmen gegen Deutschland abstehe, was sie ihr bieten können, deren Ziel die äußerste Konterrevolution in Deutschland, deren Platzhalter sie sind, auf den Plan zu rufen.

Die „Vertretung des deutschen Volkes“, der Reichstag tagt, aber er beschäftigt sich nicht mit der politischen Krise. Er fordert nicht Rechenschaft von der Regierung, wie das englische Unterhaus es tut, und die Regierung hält es nicht für nötig, ihm Rechenschaft zu geben. Nicht mehr die Masse der Bourgeoisie herrscht in Deutschland, sondern nur noch die Großbourgeoisie in der Person des Herrn Simons, mit der Dreyfuß im Rücken. Sie behandelt den Reichstag als das was er ist, als ihren Lakaien.

Die deutschen „Arbeiterführer“, die Scheidemann und Gumbel, sind ebenfalls nicht als die Partner der Bourgeoisie und der Dreyfuß. Sie jammern und klagen und stellen sich mit oder ohne Vorbehalt hinter die Stimmeregierung. Gungig die Kommunisten rufen das Proletariat zur Tat. Wenn die Entscheidung durch die Bourgeoisie fällt, bedeutet sie so oder so wiederum Abbruch der Einheit, weitere Konflikte, weitere Verflüchtung des Proletariats.

Das Proletariat muß die Entscheidung selbst für den kommunistischen Kampf, für die Herrschaft der Arbeiterklasse, für das Schatz- und Erbschaftsamt mit Sowjetrußland.

Der bayerische Ministerpräsident als Arbeitermörder.

Auf die bayerische Arbeiterzentrale, die in der Verfassung verankert, um der „kommunistischen Arbeiterzentrale“ des Herrn Scheidemann Platz zu machen, wird jetzt durch einen Brief des Vorsitzenden der bayerischen Kampfpartei Regierung an den Reichsanwalt Bernhard der „Kämpfer Post“ neues Licht geworfen. In diesem Brief heißt es:
„In vorigen Jahre machte ich einmal Herrn Rangler einige Zeit nach dem Rapp-Bußch Mordanschlag von dem be-

absichtigten Berrat von Geschäften an die Entente-Kommission durch drei Kommunisten. Aber ich war entsetzt, als Rangler in meiner Gegenwart im Büro der Bundesleitung der Bayerischen Arbeiterzentrale Anweisung gab, die Verträge unter irgend einem Vorwand aufzuheben, befalls zu schaffen und anzubringen und zwar unter Hinterlassung eines Wertmals, das die Motive der Tat zweifelsfrei erkennen ließe.

Wiederholt hat Herr Rangler den Führern nahegelegt, in ähnlichen Fällen die Angelegenheiten zu verdrängen. Hinter ihm stände der Ministerpräsident. Er würde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikommen werden. Rangler fügte hinzu, er habe schon mehr als einmal Einwohnermehreute, die sich durch Gewalttate irgend- wie gegen die bestehenden Gesetze vergangen hätten, aus den Klauen des Gerichts befreit. Geradezu fürchtbar war mir eine andere Erfahrung. Ich besand mich eines Tages in der Münchener Privatwohnung Rangers. Rangler sagte, er hätte eine Transaktion vorzunehmen, ich könne bleiben, wenn ich strengstes Stillschweigen gelobe und wenn notwendig, auch einen Meineid leistet.“

Hier scheint es einem Orgeßmann vor den Folgen seines Treibens bange geworden zu sein, oder er will einem größeren, dem Orgeßhaußling Rangler, etwas am Jenge stücken. Er teilt mit, daß der Ministerpräsident selbst hinter der Arbeiterzentrale steht, und die Arbeitermörder aus den Klauen der Gerichte, die Hunderte und Aberhunderte revolutionärer Arbeiter hinter Schloß und Riegel wirft, befreit.

Belagerungszustand in Oberschlesien.

Da der für die oberschlesische Abstimmung angelegte Termin herannaht, haben die Alliierten englische und italienische Truppen nach Oberschlesien geschickt, die ihnen gleichzeitig als Rückendeckung und zur Verschärfung absätziger militärischer Maßnahmen gegen Deutschland dienen sollen. Jetzt hat die interalliierte Kommission beschlossen, in den nächsten Tagen „zur ruhigen Durchführung der Abstimmung“ den Belagerungszustand und das Ständrecht zu verhängen. Politische und sonstige Versammlungen sollen während der Dauer des Belagerungszustandes verboten sein.

Mit der Verhängung des Belagerungszustandes hat es noch eine besondere Bewandnis.

Wie die „Volkswacht“ erfährt, fand gestern nachmittag in Kattowitz eine gemeinsame Sitzung der deutschen und polnischen Gewerkschaftsführer statt. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften erklärten, jetzt müsse alles vermieden werden, was die Ruhe in Oberschlesien stören könnte. Jeder Streit würde jetzt Oberschlesien in ein wirtschaftliches Chaos stürzen. Die Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen und des polnischen Zentralverbandes stimmten dieser Auffassung zu. Die Gewerkschaftsführer beider Richtungen verpflichteten sich, durch besondere Anrufe auf ihre Mitglieder dahin einzuwirken, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden und terroristische Handlungen unterbleiben. Die Gefahr der Uebergriffens des polnischen Generalstreiks auf Oberschlesien dürfte dadurch abgewandt sein.

Die Entente befürchtet also, daß die große Streikbewegung in Polen auf Oberschlesien übergreifen könne. Die deutschen und polnischen Gewerkschaftsführer befürchten das ebenfalls und leisten der Entente dabei ganz unverhältniß Handlangerdienste. Wären die einen sich auch für den Deutschen, die anderen für den polnischen Nationalismus entschieden haben und deswegen die oberschlesischen Arbeiter gegeneinander verhetzen, im Kampf gegen die Massenbewegungen des Proletariats, im Laientum für die Bourgeoisie sind sie sich einig. Die oberschlesischen Arbeiter werden daran nur umso besser erkennen, wo die Front ist, wo der Feind steht, gegen den sie zu kämpfen haben.

Die Kommunisten fordern Sozialfürsorge.

Die kommunistische Fraktion hat im sächsischen Landtage folgende Anträge eingebracht: 1. Die Regierung wird ersucht, als Maßnahme zur Behebung des Kinderelends die unentgeltliche Schulpflicht für alle Kinder sofort durchzuführen. 2. Die Regierung möge sofort Mittel bereitstellen, um den Erziehungsberechtigten (Eltern oder Pfleger) der zu Ostern zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen eine Beihilfe für die Kosten der Ausstattung mit Kleidern und Bädern zu gewähren. An Stelle der Geldbeihilfen kann die kostenlose Lieferung der Kleider und Bädere treten. Die Beihilfe ist allen denen Erziehungsberechtigten zu gewähren, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht. Dies ist einzusetzen bei Familien mit einem Kind auf 15 000 RM, mit zwei Kindern auf 17 000 RM und mit drei Kindern auf 20 000 RM.

Waffe, wie der VDB. seine Aktion für die Arbeitlosen durchzuführen gedenkt, das gemeinsame Ziel nicht erreichen wird und kann. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtenblatt“ teilt nämlich mit, daß diese Forderungen der Reichsregierung unterbreitet werden. Der VDB. habe nach dem bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen die berechnete Hoffnung.

„Daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Reichsregierung sich des Grades der Lage bewußt zu sein scheint.“

„Da die private Initiative bisher versagt hat, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.“

Wir unterzeichnen meinen, daß gerade das bisherige Verhalten der Stimmeregierung zu allen Arbeiterfragen alles andere, als berechnete Hoffnungen erwecken konnte. Woher soll auch eine Regierung von Stimmes Gnaden den Willen nehmen, gegen das Unternehmertum aufzutreten?

Ja es dem VDB. also ernst um seine Forderungen, handelt es sich nicht nur um ein Ablenkungsmanöver für die aufbegehrenden Angeleiteten und Arbeiter, so müssen hier ganz andere Mittel angewandt werden, als die üblichen, stets ergebnislosen Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Regierung. Das Unternehmertum wird den Forderungen den größten Widerstand entgegensetzen, den die Regierung selbstverleumdlich niemals brechen will und kann. Es gilt also dem Widerstand der Bourgeoisie den Widerstand des Proletariats entgegenzusetzen.

Das Proletariat muß selber um diese Forderungen kämpfen und nicht den Kampf den Gewerkschaftsführern überlassen. Selbst es für diese Forderungen die proletarische Einheitsfront herzustellen, dann ist der Sieg sicher. Dann wird die Arbeiterklasse unüberwindlich sein und das Unternehmertum zur Erfüllung der Forderungen zwingen.

Wir fordern heute schon unsere Genossen auf, in diesem Sinne in den Gewerkschaften, in den Betrieben und wo immer es sei, für diese Forderungen zu wirken.

Vorbereitungen zum Unfall?

London, 4. März. (B.B.) Die deutschen Delegierten waren bis in die späte Nacht hinein mit dem Studium der Rede Lloyd Georges und der von den Alliierten überreichten Denkschriften beschäftigt.

Die hiesige Morgenpresse bearbeitet die Lage zurückhaltend und ruhig und glaubt aus den Schlussworten Dr. Simons schließen zu können, daß die Deutschen bereits mit der Ausarbeitung eines neuen Vorschlages beschäftigt sind, daß somit die Anwendung von Sanktionen unnötig sein wird. — „Daily Chronicle“ meint, daß anderenfalls die Sanktionen sofort eintreten werden und stellt herrsche, falls die Sanktionen die beabsichtigten Wirkungen nicht haben sollten, neue Strafmaßnahmen in Aussicht. Allgemein kommt in der Presse die größte Befriedigung über die Rede Lloyd Georges zum Ausdruck. Besonders sind es die französischen Delegierten, die ihre Befriedigung nicht verhehlen.

Bei dem Frühstück, das von dem Verband der ausländischen Presse gefest zu Ehren Briands gegeben wurde, erklärte dieser, daß die Alliierten nicht aus Vergnügen zu Drohungen geschritten wären. Solange als sie nur gekonnt hätten, hätten sie sich genötigt und des Friedens wegen alle möglichen Konzessionen gemacht. Lloyd George habe gezeigt, daß der Geist der Opferbereitschaft notwendig sei und als er die Leiden Frankreichs darlegte, hätte die Gerechtigkeit aus ihm gesprochen. Eine Trennung zwischen England und Frankreich wäre das Ende des Friedens; die Einigkeit der beiden Länder sei das Geheimnis des Weltfriedens.

Wie streitende Juden, die sich doch immer wieder zum Verhandeln zusammenfinden, so schwärmen die Unterhändler der deutschen, italienischen und französischen Bourgeoisie in London. Ob sie sich einigen werden? Für die arbeitende Klasse ist das nicht das Entscheidende. Wären die Verhandlungen in London so oder so enden, in jedem Falle werden ihre Folgen in der Hauptsache das Proletariat treffen. Sei den schon jetzt unhaltbaren Zuständen bedeutet das eine verheerende Ausplünderung der Arbeiterklasse bei brutaler Unterdrückung. Die Dinge werden für die Arbeiterklasse nicht in London entschieden, sondern sie muß die Dinge im proletarischen Sinne selbst entscheiden, indem sie das Joch der deutschen Bourgeoisie abschüttelt und damit ganz neue Verhältnisse in Europa schafft. Was ist uns heute das Joch der Arbeiterklasse sein.

Darum warnt sie an:
Für die Aufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Sowjetrußland!
Für das Schatz- und Erbschaftsamt mit Sowjetrußland!

Der Sachverständigenausschuß über die Folgen der Gewaltmaßnahmen.

Berlin, 4. März. Unter Leitung des Reichstanzlers fand heute nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angeordneten Zwangsmaßnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftswesen schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterdrückung von Verpflichtungen abgesehen, die Deutschland zu erfüllen aufgefordert sei, nicht abbringen könnten. Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsanwalt des Justiz mit den parlamentarischen Vertretern der besetzten Gebiete abhielt, wurde festgestellt, daß die angeordneten Zwangsmaßnahmen schwer, aber nicht unerträglich seien und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen so weit als möglich Nachsorge getroffen habe. Die angeordneten Maßnahmen könnten lang Vermeidung gehen, die von der Reichsregierung bisher eingeschlossene Haltung zu ändern.

104. 102. dem Arbeiter-Organisation „POALE-ZION“, Broslau.

Dienstag, den 14. März 1921, abends 7 1/2 Uhr, findet im Schönmayeraal, Karstraße 43/49, zum 1. Jahrestage der Ermordung unseres teuren Genossen Bernhard Schottländer eine

SCHOTTLÄNDER-GEDENK-FEIER

Reichhaltiges Programm, musikalische und literarische Darbietungen.

Eintrittskarten im Sekretariat Albrechtstraße 53, II. und an der Abendkasse erhältlich.

London oder Moskau!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Londoner Konferenz stellt euch vor die Entscheidung. Ihr könnt nicht länger schweigen, zwei kapitalistische Gruppen bei dem Streit um eure Haut euch zerfleischen werden. Die Kommunistische Partei ruft zu Dienstag, den 8. März, abends 7 Uhr,

Oeffentliche Volksversammlungen

in den Friebeberg, Kaiser-Wilhelm-Straße und Bandachs Festsaal, Frankfurter Straße, ein.

Referenten: Genossen Becker und Klein.

Erscheint alle! Zögert nicht länger, ihr habt nichts zu verlieren. Nehmt den Kampf an.

Gegen das Doppelschloß fremder und deutscher Ausbeuter!
Für den kommunistischen Aufbau!
Fort mit allen Bourgeoisregierungen!

Für die Herrschaft der Arbeiterklasse!
Schutz- und Treuebündnis mit Sowjetrußland!
Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetrußland!

Einigete Kommunistische Partei, Sektion der 3. Internationale.
Ortsgruppe Dresden.

Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien.

5. Verhandlungstag.

Als Sachverständiger wird Dr. Nagle vernommen, der den Mißhandlungen behandelt hat. Brandt hatte mehrere Druckwunden am Kopf, die Nase war geschwollen und aufgeschlagen, das stark verletzte Auge blutunterlaufen und aufgeschwollen, der angeschwollene Rücken zeigte blutige Striemen. Die Angaben des Brandt, daß er mit gefährlichen Werkzeugen gemißhandelt und mit einer Gewehrmündung ins Auge gestoßen wurde, sind wahrscheinlich.

Dr. Lewisohn hat den unter die Folterkammer geratenen Feitner nach den Mißhandlungen längere Zeit behandelt. Er fand an den Händen, am Kopf, Rücken, Arm und Oberschenkel starke Spuren von Mißhandlungen, Anschwellungen und flechtenhafte Blutungen durch Schlägen mit harten Gegenständen (Gewehre, Gummiknüppel usw.).

Dr. L. hält die Mißhandlungen für lebensgefährdende Läsionen.

Der Landgerichtsrat Paschke hat die Voruntersuchungen geführt, er gibt an,

daß **Wiskup** von Anfang an sehr unwahre Angaben gemacht und sich sehr resistent benommen hat.

Zeuge **Müller** mußte Kniebeuge machen, er wurde mit einer stockeligen Reitpeitsche blutig geschlagen. Walter habe ihn unmensächlich geschlagen und gemein geschimpft. Die drei Angeklagten wurden von ihm erkannt als diejenigen, die sich besonders als Folterknechte betätigten.

Der Zeuge **Freih Ruppelt** ist ebenfalls aufs unmensächlichste gefoltert und mißhandelt worden.

Während er Kniebeuge machen mußte, schlug man ihn mit der Reitpeitsche zwischen die Beine.

Ein Offizier hat ihn mit dem Peitschenknopf auf eine bereits erhaltene Wunde wiederholt geschlagen. Er versichert, **Wiskup** und **Breffa** als diejenigen zu erkennen, die ihn mit allerhand gefährlichen Gegenständen ganz barbarisch mißhandelt haben.

Der Zeuge **Domänenpächter Niebach** steht noch heute unter dem Einfluß der erlittenen Mißhandlungen. Er ist erst nach Vorhalt des Vorsitzenden dazu zu bewegen, Aussagen zu machen. Er hatte schon vor dem Fall das zweifelhafteste Vergnügen, die gesamte Aulockbände gelegentlich einer Einquartierung kennen zu lernen.

Der Zeuge hat wegen des gemeinen Verhaltens der Roskitten an das Generalkommando eine Beschwerde gerichtet. Bei dem Ränderkorps Aulock war es nämlich üblich (zur Festung der Disziplin) auf den Wachtstuden Stiefelsohlen zu geben, zu reifen und zu randen. Diese Beschwerde wurde natürlich garnicht beachtet, aber man setzte **Niebach** auf die schwarze Liste und beim **Spannisch** war er einer der ersten, der Bekanntheit mit der Folterkammer machen mußte. Ein Offizier sprang ihm an die Kehle und ohne das Zwischentreten eines anderen wäre er ohne Zweifel erwürgt worden.

Demnach wurde er mit dem Gehalt an der Band der Folterkammer setzen, man bedrohte ihn mit dem Hode des Erschließens. Aulock sagte, wenn er 2000 Mark dem Aulockkorps gebe, werde er entlassen. Zwiseherdurch mußte er sich die gemeinsten Beschimpfungen gefallen lassen, auch wurde er mehrmals mit dem Kopf an die Wand (an der die Fägel

angebracht waren) geklopfen. Von dem **Wimmern, Föhnen u. Schreien** der Mißhandelten wurde ihm unwohl. Der Angeklagte **Walter** versuchte den Zeugen, da er ihn nicht sachlich widerlegen konnte, zu verächtlichen.

Zeuge **Bühle** hat auch die Folterkammer kennen gelernt. Als er um Sitzgelegenheit bat (weil er noch krank war), sagte man ihm,

er solle sich den Daumen in den Hintern stecken.

Auch der Zeuge **Hunger**, der circa 24 Stunden in der Folterkammer zubringen mußte, hat gesehen und gehört, daß alle Inhaftierten arg mißhandelt wurden.

Der Zeuge **Gastwirt Ritschke** ist von Freiwilligen (Studenten) verhaftet worden. R. verrät eine rührende **Kaidität**, er wundert sich, daß er

von den **Kappbestien** ohne Grund und Ursache mitgeschleppt worden ist.

Die Zeugen **Runschke** und **Dzial** lernten ebenfalls die Folterkammer kennen. Dort sahen sie Blutlachen am Boden und Blutspitzer an den mit Nägeln beschlagenen Wänden.

Der **Eisenbahnbeamte Urbanek** wurde im G.-R. von einem hartlosen Jüngling, der den Gerichtsoffizier markierte und in betrunkenem Zustande war, verhöört. Auf dem Verhöörtisch lag (als Wahrzeichen der Aulockjustiz) ein Gummiknüppel, mit dem man ihn eins verwickelte. Auch andere Mitgefangene wurden mit Gummiknüppeln bearbeitet.

Zeuge **Scawstedo** mußte in der Folterkammer militärische Rehrtenwendungen machen, und als es nach Meinung des Offiziers nicht schnell genug ging, wurde er mit Gummiknüppeln über den Kopf geschlagen.

Der ehemalige **Spielmann** des Aulockkorps **Georg Klose** war damals 18 Jahre alt. Er soll entlassen, sagt ein Sprüchlein wie am Schnürchen, habe keine Mißhandlungen gesehen und gehört. **Walter** sei das Vorbild eines Vorgesetzten gewesen usw. usw.

Durch **Gegenüberstellung** der Zeugen **Feitner** und **Arminialwachmeister Klose** verwickelt sich der **Eulackungszeuge** in Widersprüche. In die Frage getrieben, verläßt den Mann sein vorzügliches Gedächtnis und er kann sich absolut nicht auf Einzelheiten besinnen.

Zeuge **Snuth** war Offizier bei Aulock, er hat die meisten unschuldig Verhafteten verhöört. Er weiß, daß diese geschlagen wurden, hat es verboten, die Mannschaften waren aber nicht zu halten und mißhandelten weiter.

Gen. wußte auch, daß in der Folterkammer Mißhandlungen vorgenommen wurden. Dasselbe war auch den anderen Offizieren bekannt.

Er wollte deshalb auch aus dem Freikorps ausscheiden, da er es nicht für richtig hielt. Allgemein war bekannt, daß Gummiknüppel beim Aulockkorps Verwendung fanden und im G.-R. vorhanden waren.

Lehrer **Ulrich** war Adjutant des Aulock. Er hat nichts von Mißhandlungen gemerkt, das sei laut **Bataillonsbefehle** verboten gewesen. **Walter** (der Anführer der **Schinderknichte**) sei ein harmloser gutmütiger Mensch, das ginge auch daraus hervor, **Walter** sei ein großer **Liebling** (auch der **Hausmörder Sternidel** war bekanntlich ein **Liebling**).

Die Verhandlung wurde auf den nächsten Vormittag 9 Uhr vertagt.

Die Dresdener Bäckereiarbeit im Kampf gegen die Freiheit der Bäckerei. Wohl nirgends in Deutschland ist in gleichgroßen Stadien wie Breslau von Seiten der Bäckereiarbeit ein so rigoroser Kampf gegen die Freiheit der Bäckerei geführt worden, wie hier. Vom 1. April 1920 bis 15. September 1920 bestand mit dem Verbanne der Bäder und Konditoren (Zahlstelle Breslau) ein Arbeits- und Lohnvertrag, welcher aber trotz der minimalen Löhne und sonstigen Vergünstigungen von Seiten der Innung gekündigt wurde.

Das Prinzip der Innung ist, die Breslauer Bäckereiarbeit wieder in dem seit Jahrhunderten bestehende Menschenunwürdige Sklavenverhältnis zu erhalten.

Kein Mittel ist diesen Herren dazu zu schlecht, und so geht man dazu über, den Gesellen Formulare vorzulegen, auf welchen sie in Gegenwart des Arbeitgebers erklären sollen, sie seien mit den Löhnen zufrieden, wie sie auf dem Formular verzeichnet sind. (Näherlich bedeutend niedriger, wie sie der abgelaufene Tarif vorschau.)

Nachdem aber der Schlichtungsausschuß Breslau einen Schiedspruch über die Verlängerung des alten Tarifes gefällt hatte, und dieser Schiedspruch dem Herrn Regierungspräsidenten zur Verbindlichkeitserklärung unterbreitet wurde, brachten die Bädermeister die von den Gesellen zum großen Teil unter Zwang erzwungenen Unterschriften bei, denn wehe den Gesellen, die ihre Unterschrift nicht geleistet hätten. Diesen ist zum Teil ihre Arbeitsstelle zur Höhe gemacht worden, um ihr Arbeitsverhältnis anzugeben.

Auf Grund dieser Unterschriften erklärte der Regierungspräsident den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht für verbindlich. Am 21. Januar wandte sich der Verband der Bäder und Konditoren erneut an die Bäckereiarbeit und ersuchte auf Grund gesammelter Unterschriften von Seiten der Gesellen um Unterhandlungen über einen neuen Tarif. Als bis zum 18. Februar keinerlei Antwort von der Innung eingegangen war, wurde die Angelegenheit erneut dem Schlichtungsausschuß übergeben, um eine Einigung über die Forderungen herbeizuführen.

Leider mußte konstatiert werden, daß am Tage der Verhandlungen (8. März 1921) Herr Obermeister **Losse** nicht erschien, und somit ein Schiedspruch resp. eine Einigung nicht erzielt wurde, denn die übrigen Mitglieder, welche dem Innungsvorstand angehörten und anwesend waren, erklärten, ohne ihren Oberhaupt Herrn **Losse** nicht verhandeln zu können.

Der Syndikus der Bäckereiarbeit, Herr **Baranek**, verschwand plötzlich von der Bühne und Herr **Bädermeister Wenzel**, **Matthiasstraße** (Innungsvorstandsmittglied), ließ sich zu dem Ausdruck hinreißen, wenn sie den vorgeschlagenen Lohn des Schlichtungsausschusses 170 bis 210 Mark pro Woche zahlen sollten, würden sie die Hälfte der Breslauer Bäckereiarbeit auf die Straße werfen.

Nachdem nun der Schlichtungsausschuß getagt hat, geht man erneut dazu über, den schärfsten Terror bei den Gesellen auszuüben und legt ihnen in den Bäckereiarbeit Formulare vor, auf welchen sie teilweise unter Androhung der Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses aufgefordert werden zu erklären, daß sie keinen Abschluß eines Tarifvertrages wünschen.

Nach allen diesen Vorgängen, die gegen Recht und gute Sitten verstoßen, bitten wir schon heute die Bevölkerung von Breslau ihre volle Sympathie der Breslauer Bäckereiarbeit entgegen zu bringen, zumal kein Handwerk während des Krieges so gut finanziert und geliebt war wie das Bäckereihandwerk.

Zwecks dieser Angelegenheit findet Dienstag, den 8. März, nach 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Bäckereiarbeiter-Versammlung statt.

Wahlratsbekanntmachungen. Der Regierungspräsident von **Oppeln** hat für den zum Abstimmungsgebiet gehörigen Teil des Regierungsbezirks **Oppeln** eine neue Anordnung über **Milch- und Butterpreise** erlassen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, macht die Bezirksstelle **Breslau** darauf aufmerksam, daß im Regierungsbezirk **Breslau** und in dem unbesetzten Teil des Regierungsbezirks **Oppeln** die bisherigen durch Anordnung vom 10. Mai v. J. festgesetzten Preise für **Milch** und **Butter** weiter Gültigkeit haben und daher insbesondere **Kuhhalter** und **Molkereien**, die in den besetzten Teil der Provinz **Oberschlesien** Milch liefern, gehalten sind, zu den bisher gültigen Preisen weiter zu liefern. Die **Kuhhalter** und **Molkereien** dürfen daher nicht unter Berufung auf die Neuregelung der Preise im besetzten **Oberschlesien** erhöhte Preise fordern oder sich gewähren lassen. Sie würden sich dadurch der Höchstpreisüberschreitung schuldig machen.

Lokales.

Breslau, den 6. März 1921.

Eisenbahner heraus!

Die Reaktion macht eruß. Ihre Anschläge gehen auf Befestigung des Achtstundentages, Reduzierung des Lohnes, Entlassung großer Teile der Arbeiter und Beamten, vollständige Verflistung des Proletariats. Die Reaktion kann heute den Generalsturm gegen die Arbeiter, vor allen Dingen gegen die Eisenbahner wagen, denn die rechtssozialistische **Reaktion** hat die Herrschaften wieder in den Sattel gesessen.

Nur die geschlossene Abwehr kann die fäustern Pläne der Reaktion zerschanden machen.

Die Kommunistische Fraktion des **DBS** ruft die Kollegen des Verbandes zur **Rassensammlung** auf. Erscheint alle, Mann für Mann, am Montag, den 7. März, abends 7 Uhr, im „Sausonci“, **Reichsstraße**, wo Kollege **Gesichte** Berlin, spricht über das Thema: **Wie wehren wir uns gegen unsere Verelendung und Rechtslosigkeit?** Kollegen, keiner fehle! Die **Ortsverwaltung** ist eingeladen und wird sicher erscheinen. Zeigt mit einem **Rassenaufmarsch**, daß die **Reaktion** bei uns auf Grund liegt. **DBS**, Fraktion des **DBS**.

Berichtungsständer.

Internationaler Bund der Kriegskameraden. Montag, den 7. März, **Mitgliederversammlung**. Beginn abends 7 Uhr. „**Blauer Schiff**“, **Genossenschaft**.
Kommunistische Jugend. **Schule Minowitenshof**. Sonntag, den 6. März, nachm. 4 Uhr, **Zusammenkunft** der **Kindergruppe**. Abends 7 Uhr, **Unterhaltungabend**.
Ortsgruppe Dels. Die **Mitgliederversammlung** findet Dienstag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr, im **Hotel zum „Stoßer“** statt.
Dankung. Aus den **Krallen** des **Spielteufels** von **Genossen** **Josef Engel** und **Siridel** für **Notar** **M. R. 35**.
Herausgeber: **Sozialistischer Verlag** e. v. m. b. H.
Verantwortlich für den gesamten Inhalt **Herr** **Reich**.
Hilf **Freunde:** **Sozialistischer Verlag** e. v. m. b. H.
Druck: **Verlag** **W. & Wenzel**, **Königsplatz** in **Breslau**.

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 10 Uhr, im Friebeberg

Schottlaender - Gedenkfeier

Anschließend Demonstrationzug zum Grabe Schottlaenders zur Kranzniederlegung.

Vereinigte Kommunistische Partei
(Ortsgruppe Breslau)

Jüd.-Soz. Arbeit.-Organ. „Poale-Zion“
(Fraktion des linken Weltverbandes)

Stadttheater.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der Kronleuchter.
Abend 7 Uhr:
Die Fledermaus.
Montag 7 Uhr:
Wenn ich König wäre.
Voranzeige:
Ab Dienstag, 8. März:
Der Ring der Nibelungen.

Jahr-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die Freundin.

Chello-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Seligmanns Gastier.
Gastspiel Oskar Witt.

Schauspielhaus.
Operntheater. T. 1. 2. 3. 4. 5.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die blaue Blase.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Illenebs Löwen
und das glänzende
März-Programm.

Achtung! Wo?
Kauft man neue und gute.
Möbel sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neuvarität 12, nur 1. Etg.

Partiwarenhaus Kospothstrasse Breslau, Kospothstrasse Nr. 7 an der Matthiasstrasse.

— **Eröffnung** —
Montag, den 7. März 1921.

- Prima Obergarn 200 m auf Holzrollen
schwarz und weiss 2,50
- 1a Sternwolln 0,40
- Prima Gummiband per m 2,50
- Eisengarnsenkel 100 cm lang, per Paar ab 0,50
- Prima Mahkosenkel . . . per Paar ab 0,70
- Normalhemden, prima Ware per Stück 31,—
- Normalunterhosen pa. Ware per Paar 28,—
- Kindersweater, verschiedene Farbe ab 8,—
- Einsatzhemden, Liakkohemden, Kinder-Strick-
Anzüge, Untertailen mit und ohne Armol,
Strümpfe u. a. m.

Alles zu noch nie dagewesenen billigen Preisen!
Kommt, sehet und staunet!
Wir sind die Billigsten!

Verkaufszeit nur von 9—5 Uhr.
Versand nach ausserhalb nur per Nachnahme von
Mk. 300.— an franko!



**DOYEN
KORK**
ADLERCOMPAGNIE
CIGARETTENFABRIK A.G.

**Circus
Carl Hagenbeck**
Sonnabend
12.
März
abends 7 1/2 Uhr
Eröffnung
in Circus Busch-Gelände
Verkauf:
Königs- und Chron-Kasse - Tel. Ring 2834

Wiederverkäufer!

Strümpfe, 1 Duz sort.
140 M., Seck, Strick-
garn 1 kg sortiert
140 M., Rosenträger,
Taschentuch, Garne,
Zwirne 100 Sterne
48 M., Schnurband
100 Paar von 60 M an.
Kunstwaren etc. sehr
billig. Probebest.
100—200 M. p. Nach-
nahme oder Veran-
barung auf Post-
scheck-Konto 45497.
L. Lehmann, Poststr. 7
Pommernstr. 112.



Dauer-Wäsche
Richard Schinke,
Breslau, Obleinstr. 52.

Schulnachsatzung.

Am 1. April 1921 werden alle Kinder schulpflichtig.
Die bis zum 30. September des 6. Lebensjahr vollenden.
Diese Kinder sind schulpflichtig, höchstens aber bis Ende
März bei dem Schluss der jährlichen Volkszählung aus-
genommen; dabei sind die Geburtsurkunde, der Taufschein
und der Zutrittschein vorzulegen.

Ursprüngliche Kinder sind in der Regel in dem Wohnort
des Vaters zu erziehen, wenn dieser nicht in der
Schule oder im Kindergarten IVa, Gartenstraße 3, III,
Zimmer 35, die Erziehung obliegt, bei er die Erziehung
in einem anderen Wohnort wünscht. Für unrichtige,
nicht legitimierte Kinder ist das Schulamt der Mutter
zuständig.

In Zweifelsfällen stellt das Büro IVa fest:
— Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, kann die
Schulpflichtigkeit auf ein Jahr geschoben; dem Antrag
ist ein ärztliches Gutachten beizufügen. Für solche Kinder
sind die Schulbehörden einzusetzen, die im Garten-
straße Nr. 12, Obleinstr. Zimmer Nr. 34, Schenk-
straße Nr. 5 und Obleinstr. Zimmer Nr. 65 befinden. Anträge
sind bis Ende März der Schulbehörden beim
Regierungsbüro IV, Gartenstraße Nr. 3, II, Zimmer 2a,
einbringen.

Leibkinder und blinde Kinder, die bis zum
31. März 1921 das 4. Lebensjahr vollendet haben und
nicht in einer Anstalt untergebracht sind, sind in dem
Regierungsbüro IV, Zimmer 6, anzuzeigen.
Die Schulbehörden.

Wir empfehlen:
August Bebel
Die Frau und der Sozialismus

162. bis 166. Tausend.
In Ganzleinen gebunden, über 500 Seiten stark
Preis Mk. 21,00.

**Konfirmanden-
Anzüge**
in erster Auswahl.
Max Landsberg
Gräbchenstr. 27
Ecke Holzhain.

**Konfirmanden-
Hüte**
Hüte von 25 Mark an
in billigster Preisgattung in erster Auswahl.
Max Landsberg
Gräbchenstr. 27
Ecke Holzhain.

**Bedeutend
billigere Möbel**
Pol. Schrank, 2 Uhr-
die, Verstellbar
die, Bettel, 4 Stück
Neue Rohstoffe
Ausstattung
Pflanzholz
Kompl. Schlafzimm. 300
eigene Werkstätte
Kompl. Küche von 500—
Chalchongues
Patentmatratze
Max Glasel, Brüder-
str. 112.

Bitte notieren
Wenn Sie zu den
kaufen haben
WIKI-
Schreibungs-
Betreiber-
Geld — Geld
nen und gebrauch-
wenden Sie 54
Max Hadam-
Brandenburgstr. 27
Wilmetal
Ludw.
Jakisch, Neumarkt

Anzeigen-Redaktion

jetzt gesch. Werbung nachm. von 5—6 Uhr
bei Brühlstr., Glognitz. 2a, II. rechts.